

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltigen Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzesse 25 Pf. Inserats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 29.

Dresden, Mittwoch den 5. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Regierung läßt erklären, daß für eine Erhöhung der Veteranenunterstützung kein Geld da sei.

Zentrumsblätter erklären die Nachricht für falsch, daß ein Zentrumsführer der Sozialdemokratie ein gemeinsames Gorgehen bei den etwaigen Reichstagswahlen zugemutet habe.

Der Oberbürgermeister der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wurde wegen eines vom Staatssekretär Ribbentrop-Wächter verfaßten Artikels zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Viertel Adrianopels soll bereits in Brand geschossen worden sein.

Bei einem Bombenattentat in Futschu wurden zahlreiche Unbeteiligte getötet und verwundet.

## Der größte Panamist.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 3. Februar.

Die ungarische Regierung fährt einen verzweifelten Kampf gegen die Wahlrechtsforderungen der breiten Schichten des Volkes. Sie hat den Wahlreformentwurf herausgegeben, der bestimmt ist, unter dem Scheine der Erweiterung des Stimmrechts dieses noch vielmehr zu verengen und seine Ausübung noch erschwerender von dem Wohlwollen der Behörde abhängig zu machen. Mit alledem verteidigt die Regierung die privilegierte Stellung des Adels, aber sie verteidigt weit mehr: nämlich die Grundlage des ganzen einst hochberühmten ungarischen Parlamentarismus. In Ungarn ist es nahezu unüberwindliche Regel, daß jede Regierung, die eine Wahl leitet, im Wahlkampfe auch siegt. Und da keine Wunder geschehen, auch nicht auf dem ungarischen Globus, so hat diese seit lange Tatsache wohl auch ihre Begründung, die eben darin liegt, daß die Regierung Instände ist, abgesehen von dem Verwaltungssaparat, auch noch ganz gewaltige Kriegskosten aufzubringen. Man schätzt die Kosten eines Wahlsieges auf nicht weniger als 7 bis 8 Millionen, und man unterschätzt sie wahrscheinlich dabei. Indes, so gewaltige Summen hat selbst eine Regierung nicht zu Gebote, wenn sie nicht die Geschicklichkeit besitzt, auf Umwegen sich besondere Geldquellen zu eröffnen. Diese Geschicklichkeit besitzt jede ungarische Regierung, und namentlich Herr v. Lufacz hat eine Wunderschneide, die alle Goldquellen des Landes zum Springen bringt.

Wie er es macht, wie man es überhaupt in Ungarn macht, davon liefert jetzt ein Bild der Streit zwischen dem ehemaligen Staatssekretär im Finanzministerium, Abgeordneten Deth, und dem Ministerpräsidenten, ein Streit, der gerichtlich zum Austrag gebracht werden soll. Lufacz erhebt gegen Deth Klage, weil dieser ihn in einer Rede und in einem Artikel den „größten Panamisten“ genannt und zur Befestigung des Vorwurfs allerlei Verwaltungsgeschwehnde an das Licht der Sonne gebracht hat. Deth legte dann dem Ausschuss der verbündeten Opposition sein gesamtes Beweismaterial vor. Wir wollen daraus einzelne besonders charakteristische Fälle herausheben. Der wichtigste Geldlieferant des Herrn v. Lufacz ist die „Ungarische Bank- und Handelsaktiengesellschaft“. Mit ihr wurde zur Zeit der Wahlen 1910 ein Salzvertrag geschlossen, wofür die Bank 3 Millionen Kronen in bar zu entrichten hatte, aber nicht etwa dem Staat, sondern den Vertrauensmännern der nationalen Arbeiterpartei für deren Wahlfonds. Dieselbe Bank- und Handelsaktiengesellschaft lag seit Jahren mit der ungarischen Staatsbahnverwaltung im Prozeß, weil ein Vertrag über die Auktion von Südbahnen vom Staat einseitig gelöst worden war. Es wollte der Bank wieder im Prozeßwege, noch auf gültlichem Wege gelingen, eine Entschädigung durchzusetzen. Da reichte ihr Finanzminister Lufacz den helfenden Arm und flugs war ein Vertrag errichtet, nach dem der Staat an die Bank 1 600 000 Kronen zu zahlen hatte; aber die Bank wiederum mußte die Hälfte, nämlich 800 000 Kronen, der Wahlkasse der Regierungspartei zukommen lassen. Auch hatte sich die genannte Bank als Förderin der Hausindustrie betätigt, aber solcher Art, daß der Landesindustriar die Erneuerung des Vertrages verweigerte, weil der ganze Vorteil der Industrieerhöhung der Bank zufließt. Auch hier trat Lufacz als Helfer auf. Gegen 150 000 Kronen, die von der Bank an den Wahlfonds entrichtet wurden, bekam sie das Recht zurück, die Hausindustrie weiter in so geheimer Weise zu fördern.

Das zweite wichtigste Machtmittel der ungarischen Regierung ist die Herrschaft über die Presse. Indes ist das Stellungswesen gerade in Ungarn außerordentlich entwickelt, und die reichsten Geldauswendungen würden nicht hinreichen, die Presse in ausreichendem Maße zu beeinflussen. Neben dem Gelde müssen also andere Mittel im Spiel sein. Eins dieser Mittel lehrt uns Deth kennen. Die Palettransports-Gesellschaft, welche die Verschlebung der Wälder durchführt, wurde von Lufacz persönlich und durch dessen Vertrauensmann, den ehemaligen Minister des Innern Kristoffy, bearbeitet, die Verbreitung gewisser Tagesblätter zu unterlassen. Als sich der Direktor der Gesellschaft dessen weigerte, rief die

Regierung ein Konkurrenzunternehmen, die Allgemeine Anschaffungs- und Lieferungs-Gesellschaft, ins Leben, und dieser wurde mit ganz außerordentlichen Konzessionen ein Vertrag auf zehn Jahre bewilligt. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Herr Ministerpräsident auch persönlich nicht abgeneigt ist, aus seiner staatlichen Nachstellung private und klingende Vorteile zu ziehen. So sagt ihm Deth nach, er habe dem Staat ein Haus, dessen Gefelung ihm keine 200 Kronen gekostet haben soll, später für 100 000 Kronen angehängt. Weil einbringlicher noch vor folgendes Geschäft. Als Herr v. Lufacz zum erstenmal Finanzminister war, verschaffte er der Klassenlotterie-Gesellschaft, ohne den Reichstag zu befragen, einen Vertrag, der der Gesellschaft so viel Vorteile bot, daß sie mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Kronen einen Jahresertrag von 2 Millionen Kronen gewinnen konnte. Kaum hatte Herr v. Lufacz das Amt des Finanzministers niedergelegt, als er auch schon von der dankbaren Klassenlotterie-Gesellschaft zum Präsidenten ertoren wurde. Für diese Stellung zeigte er dann eine außerordentliche Vorliebe und treue Anhänglichkeit. Denn wie er 1910 wiederum Finanzminister wurde, konnte er sich doch zunächst von der Präsidentenstelle nicht trennen, und blieb 14 Monate Finanzminister und Leiter der Klassenlotterie-Gesellschaft zugleich.

Man wird nicht leugnen können, daß sich in solchen Taten ein fähiger Geist offenbart, der über das Gemeine und Gewöhnliche der ungarischen Korruption noch um Haupteslänge hinausragt. Warum aber sucht Lufacz die Entscheidung vor den Schranken des Gerichts? Er hat sich von vornherein die Verteidigung insofern erleichtert, als er nicht die Beschuldigungen, sondern nur das beschimpfende Wort verklagt hat. Und fernherin kann er so hoffen, daß alle die Bankinstitute und Gesellschaften, die Teilnehmer seiner Taten sind, dem Angeklagten die Zeugenschaft verweigern werden.

## Vor dem Generalkrieg.

Budapest, 4. Februar. In Ungarn wird intensiv an den Vorbereitungen für den Generalkrieg gearbeitet. Am letzten Sonntag fanden wieder in der Provinz 22 Versammlungen statt, in welchen die Bürgerschaft sich mit den Arbeitern solidarisch erklärte. Am Donnerstag den 6. Februar beginnt der Parlamentarismus seine Beratungen über das Wahlrechtsgesetz. Aus diesem Anlaß hat der sozialistische Parteivorstand für Mittwoch abend in der Hauptstadt und Umgebung 41 Volksversammlungen einberufen, da bekräftigt wird, daß der Generalkrieg schon am 6. Februar seinen Anfang nimmt. Der Parteivorstand verleiht heute wieder ein Flugblatt nach allen Gegenden, welches die Aufschrift trägt: „Rüffet zum Generalkrieg“. Dies Flugblatt wird in ungarischer, deutscher und slowakischer Sprache herausgegeben.

Am Sonntag beschloß der Fabrikantenbund eine Eingabe an den Reichstag, worin er die Regierung auffordert, in das neue Wahlgesetz die Bestimmungen aufzunehmen, daß jeder industrielle Arbeiter, der das 24. Lebensjahr erreicht hat und zwei Jahre in einer Gemeinde wohnt, das Wahlrecht besitzen soll.

In einem hauptstädtischen Bezirk ist durch das Ableben eines Abgeordneten eine Neuwahl notwendig. Sämtliche oppositionellen Parteien beabsichtigen, dort einen Kandidaten gegen die Regierung aufzustellen, und der Sieg der Opposition ist gewiß.

## Geld her für Pulver und für Blei!

Die Militärvorlage ist noch nicht da. Aber schon hat in der offiziellen, der konservativen und der nationalliberalen Presse die Agitation für sie begonnen. Eine Hochflut von Artikeln setzt ein. Allgemeines Thema: Wir wissen zwar noch nicht, was verlangt wird, aber wir bewilligen es.

Auch eine öffentliche Kundgebung ist schon erfolgt. Der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte (die Vertretung der Städte unter 25 000 Einwohnern) hat eine schwungvolle Adresse an den Reichstanzler aufgestellt. Auf Bestellung liefern sie auch ins Haus. Darin ist von der Vorlesung die Rede wegen der Stellung, die das Deutsche Reich in der gegenwärtigen Zeit der Kriegsgefahr einnimmt. Auch die schwerbelasteten kleineren Städte seien bereit, große finanzielle Opfer zu bringen. Und zum Schluß heißt es gar:

Der Vorstand kann die ägernde Haltung der Reichsverwaltung bei der Einbringung der Militärvorlage nicht billigen, da die allgemeine Wehrpflicht infolge der großen Zahl der vom Reichsdienst befreiten, waffenfähigen Söhne unseres Volkes lediglich auf dem Papier steht, und da „das Volk in Waffen“ ohne Zweifel die beste Volkerversicherung ist. Der Vorstand erhofft von der Reichsverwaltung, daß sie diesen Gesichtspunkt in weitestgehender Weise Rechnung tragen und eine großzügige, dem Ernst der Gegenwart entsprechende Militärvorlage einbringen wird.

Da die Herren Bürgermeister diesen hochherzigen Versuch faßten, ohne sich zuvor mit der Bevölkerung der von ihnen regierten Städte ins Einvernehmen gesetzt zu haben, muß man annehmen, daß sich die zum Ausdruck gebrachte Verehrlichkeit, finanzielle Opfer zu bringen, nur aus ihrer eigenen Verzweiflung bezieht. Einer ichtigen Besteuerung der Bürgermeistergesellen steht also nichts im Wege, und wir hoffen, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dieser schönen Anregung in energischer Weise annehmen wird.

Im halbamtlichen Tag unternehmen eine „herborragende sachmännliche Seite“ sogar den Versuch, die neue Militärvorlage zu begründen. Es wird da ausgeführt, daß sich die Balkanstaaten im Kriege viel stärker gezeigert haben als früher angenommen wurde. Oesterreich mußte also einen großen Teil seiner Militärmacht im Kriegsfalle im Süden stehen lassen, dadurch ergebe sich ein Manko in der Aufstellung gegen Rußland, das von Deutschland gedeckt werden mußte. So müssen wir also die tolle Balkanpolitik der Schwarzgelben mit 100 Millionen jährlich oder mehr bezahlen. Statt dafür einzutreten, daß Oesterreich zu den Balkanstaaten in ein vernünftiges Verhältnis kommt, nimmt man die durch die ungarische Agrarpolitik verursachte Dreifachseindlichkeit der Balkanstaaten als eine gottgegebene Tatsache hin und präsentiert dem deutschen Volk darüber die Rechnung.

Rußland wird sich jedoch nur dann als wahr erweisen, wenn die neue Wehrsteuer nicht nur das noch vorhandene Loch in den Reichsfinanzen stopft, sondern auch die Kosten der neuen Vorlage wirklich deckt. Als von der neuen Vorlage noch nicht die Rede war, hielt man zur Veranschaulichung der Reichsfinanzreform von 1908 eine Wehrsteuer für notwendig, die mindestens 60—80 Millionen Mark bringen mußte. Der Ertrag der neuen Wehrsteuer wird also, wenn ehrlich gerechnet wird, auf die Kosten der neuen Militärvorlage plus 60 bis 80 Millionen zu beziffern sein. Es wäre ein unehrliches Spiel, wenn man nur die Kosten der Vorlage aus der Wehrsteuer decken, dagegen das ohnehin schon bestehende Bedürfnis des Reiches nach einer Einnahmeerhöhung unberücksichtigt lassen wollte. Denn dann würde sich bald die Notwendigkeit ergeben, das offen gelassene Loch zu stopfen, und für eine abermalige Erhöhung der indirekten Verbrauchsabgaben wäre der Weg bereitet.

Einstweilen wird von offizieller Seite bestritten, daß ein fertiger Wehrsteuerentwurf bereits vorliege, es wird gegen diese Annahme folgendes ausgeführt:

Von amtlicher Seite ist bereits erklärt, daß noch in dieser Tagung dem Reichstag eine neue Militärvorlage zugehen wird, die jedenfalls nicht unerhebliche Ansprüche an die Reichsfinanzen stellen dürfte. Diese können naturgemäß nur durch die neue Wehrsteuervorlage gedeckt werden. Bevor man aber für diese Steuer ein Entwurf aufgestellt werden kann, ist es doch erforderlich, zu wissen, welche Ausgaben die Militärvorlage verursachen wird. Solange aber die militärischen Bedürfnisse der Vorlage noch nicht zum Abschluß gebracht haben und über den Umfang zwischen den beteiligten Ressorts keine Verständigung erzielt ist, lassen sich auch selbstverständlich die Kosten nicht übersehen, die hierfür für die neue Wehrsteuer zur Last fallen. ... Und aus diesem Grunde sind alle Kritiken über eine baldige Einbringung der neuen Steuervorlage unzutreffend. Wahrscheinlich wird damit zu rechnen sein, daß sie erst kurz vor dem Gesetzgebungsältesten Zeitpunkt, dem 30. April d. J., an den Reichstag gelangen wird.

Doch der Kampf um die Wehrsteuer noch nicht abgeschlossen ist, beweist die lebhafteste Agitation der konservativen Presse für den verächtlichen geschäftlichen Vorstoß, wonach die alten an das Reich zu überweisenden Stempelsteuern dem Volk als eine neue „Wehrsteuer“ vorgekauft werden sollen, während das Reich auf die Wertzuwachssteuer und die Erbschaftsteuer zugunsten der Einzelstaaten verzichtet soll. Die bestehenden Klassen Preussens würden bei diesem Handel nicht nur keinen Pfennig zu bezahlen haben, sie würden dabei noch ein ausgezeichnetes Geschäft machen, da sie ihre Erbschaftsinteressen unter die sichere Obhut des Dreiklassenparlamentes bringen würden. Der österreichische Vorschlag, der darauf hinausläuft, die lästige Erbschaftsteuer ein für allemal abzumurfen, wird nach den Versicherungen des Reichsbotsen zurzeit von zuständiger Stelle wohlwollend geprägt.

Inzwischen hat man aber wenigstens schon eine Schlichtung von „Besitzenden“ gefunden, auf die die Kosten der neuen Militärvorlage teilweise abgewälzt werden sollen. Man höre und staune, es sind die notleidenden Kriegsveteranen,

die wegen der neuen Militärvorlage auf die vergrößerte Erhöhung ihrer Unterstützung von 120 auf 150 M. jährlich verzichten sollen! Darüber wird offiziell gemeldet:

Im Reichstag und in der Presse ist vielfach der Wunsch hervorgehoben, für eine weitere Erhöhung der Beihilfen für Veteranen Sorge zu tragen, so daß diese von 120 M. auf 150 M. herausgehoben werden können. ... Um die gewünschte Erhöhung durchzuführen zu können, war seitens der Reichsregierung vorgeschlagen worden, aus den dem Reich zulegenden Einnahmen aus dem Leuchtstoffgesetz 8 Millionen für die Verbesserung der Veteranenbezüge zu verwenden. Nach dem Gang der Verhandlungen ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß der Reichstag der vorgeschlagenen Regelung nicht zustimmen wird. Da andererseits dauernde Ausgaben ohne entsprechende Deckung nicht gemacht werden, so dürfte leider eine Erhöhung der Veteranenbezüge zunächst nicht in Aussicht stehen. Wenn man denn die Rücksicht hat, bei der Regelung der Beihilfen der Frage nachzuzureuen, so erscheint dies nach dem Stande der Dinge jedenfalls nicht anzunehmen, da wiederum neue finanzielle Aufhebungen an das Reich heranzutreten werden.

Also, während um die Wehrsteuer bis zum Erdbeben geschächert und gefeilscht wird, sind die hungernden Kriegsteilnehmer die ersten, die zum Handtuch kommen. Die Heranziehung der Steuerträger zu den patriotischen Opfern des Reiches beginnt damit, daß man den Handen und Armen, die auf